

Bernhard-Weiß-Str. 6
10178 Berlin-Mitte

U+S Alexanderplatz

Landeselternausschuss Berlin
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie ■ Bernhard-Weiß-Str. 6 ■ D-10178 Berlin

An die

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
bildungspolitischen Sprecher_innen im Abgeordnetenhaus

Vorsitzender	Norman Heise
Geschäftsstelle	Andrea Schreiber
Zimmer	5A09
Telefon	030 90227 5684
Zentrale ■ intern	030 90227 50 50 ■ 9227
Fax	030 90227 6104
E-Mail	LEA@senbjf.berlin.de
Internet	www.leaberlin.de
Datum	20.05.2018

Beschluss vom 18.05.2018

Berufsinformation und -beratung

Der Landeselternausschuss fordert zur Stärkung der Schulabschlüsse jenseits des Abiturs eine bereits in der Grundschule beginnende Berufsinformation und -beratung in Theorie und Praxis, um diese Abschlüsse wieder stärker in das Bewusstsein der Schüler als erstrebenswertes Schulziel zu rücken.

Bernhard-Weiß-Str. 6
10178 Berlin-Mitte

U+S Alexanderplatz

Landeselternausschuss Berlin
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie ■ Bernhard-Weiß-Str. 6 ■ D-10178 Berlin

An die

Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie
Senatsverwaltung für Finanzen
bildungspolitischen Sprecher_innen im Abgeordnetenhaus

Vorsitzender	Norman Heise
Geschäftsstelle	Andrea Schreiber
Zimmer	5A09
Telefon	030 90227 5684
Zentrale ■ intern	030 90227 50 50 ■ 9227
Fax	030 90227 6104
E-Mail	LEA@senbjf.berlin.de
Internet	www.leaberlin.de
Datum	20.05.2018

Beschluss vom 18.05.2018

Lernmittelfreiheit

Es ist erkennbar, dass durch die Lernmittelfreiheit nicht genügend Mittel für die Erstausrüstung mit Schulbüchern vorhanden sein werden. Der Landeselternausschuss fordert deshalb bei der jetzt geplanten Lernmittelfreiheit für Grundschulen, dass das Budget für die Lernmittel an den benötigten Bedarf und an die Schülerzahlen für das jeweils nächste Schuljahr angepasst wird. Bei Unterdeckung sind durch die Senatsverwaltung für Finanzen entsprechende Mittel bereitzustellen, die zumindest eine Erstausrüstung mit Schulbüchern für die Schulen ermöglicht. Die Schulen dürfen am Ende nicht schlechter gestellt werden als vor der Lernmittelfreiheit.